

*Hans-Ulrich Ludewig*

## Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg: Forschungsstand und Ergebnisse regionaler und lokaler Fallstudien

Ein Millionenheer ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen lebte, hungerte und starb während des Krieges in Deutschland: fast sechs Millionen zivile Zwangsarbeiter, nahezu zwei Millionen Kriegsgefangene und 700 000 KZ-Häftlinge. Sie hielten die Kriegsproduktion aufrecht, lebten in Lagern, die zu Hunderten über das ganze Reich verteilt waren; sie marschierten täglich vom Lager in die Fabrik und wieder zurück. Sie gehörten zum Kriegsalltag, und fast jeder Deutsche nahm sie wahr. Und dennoch interessierte ihr Schicksal nach 1945 kaum jemanden – selten auch nur die Historiker.

Es dauerte Jahrzehnte, bis die ersten, wissenschaftlich befriedigenden umfangreicheren Untersuchungen zu diesem Thema erschienen: 1978 die Untersuchungen von Christian Streit über die sowjetischen Kriegsgefangenen und von Falk Pingel über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen.<sup>1</sup> Bei einem Blick in die Handbücher – die wichtigsten historischen Informationsquellen für Lehrer, Studenten und interessierte Laien – finden sich bis heute nur ganz wenige Hinweise auf das Schicksal der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter; meistens nur nüchterne Zahlenangaben, häufig thematisiert im Zusammenhang mit Sabotage und Partisanenkampf: »Die Art der Rekrutierung und ihre zum Teil diffamierende Behandlung in Deutschland ließ viele den Ausweg in den Widerstand und die Partisanenführung wählen, oder sie nahmen in Deutschland Verbindung zu kommunistischen Widerstandsgruppen auf und schritten in den Fabriken zu Sabotageakten«<sup>2</sup> – negative Reizworte allesamt, die Opfer als Täter beschreibend. Erst die neueste Gesamtdarstellung von Hans-Ulrich Thamer<sup>3</sup> geht etwas ausführlicher auf die Stellung der Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystem ein.

Spärlich sind die Hinweise auf Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in den neueren Schulbüchern, in den älteren fehlen sie ganz. Bleiben noch die Ortschroniken, deren prägende Wirkung auf das allgemeine Geschichtsbewußtsein nicht zu unterschätzen ist. Stellvertretend für viele sei die folgende Schilderung wiedergegeben: »Während des Zweiten Weltkrieges wurden mehrere Barackenlager auf der Muna aufgestellt. Hier wohnten neben Angehörigen des weiblichen Arbeitsdienstes auch angeworbene Ausländer, vornehmlich Osteuropäer und russische Kriegsgefangene. Insassen sind dort im Lauf der Jahre verstorben und haben auf dem Friedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden.« Dann spricht der Autor von den feindlichen Bombenangriffen, den vielen eigenen Opfern. »Der Krieg geht zu Ende, der Schrecken weiter. Der Bruder unseres Pastors wird von marodierenden Auslän-

1 *Falk Pingel*, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978; *Christian Streit*, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

2 *Herbert Michaelis*, Der Zweite Weltkrieg 1939–1945, in: Handbuch der deutschen Geschichte, neu hg. von Leo Just, Bd. IV/2. Teil, Konstanz 1965, S. 303.

3 *Hans-Ulrich Thamer*, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986.

dern grausam ermordet. Flüchtlinge kommen, die – jedem Völkerrecht Hohn sprechend – aus ihrer Heimat vertrieben wurden.«<sup>4</sup>

Hier begegnen wir Verarbeitungsmechanismen, die bezeichnend für die Art und Weise unseres Umgangs mit dem Thema Zwangsarbeit nach 1945 sind: Vor die Leiden der Zwangsarbeiter und der ausländischen Kriegsgefangenen schob sich die während der letzten Kriegsjahre und der ersten Nachkriegsjahre selbsterlittene Not. Die Erinnerung an die Abwehrkämpfe 1944/45 verdeckte die Erinnerung an die deutsche Aggression 1939–1942; das Schicksal der eigenen Kriegsgefangenen ließ das der sowjetischen vergessen. Das Ursache-Wirkungs-Verhältnis wurde auf den Kopf gestellt. Der Antikommunismus des Kalten Krieges sah zudem in den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die überwiegend aus osteuropäischen Ländern kamen, noch im nachhinein den Gegner. Ulrich Herbert hat darauf hingewiesen, daß Zwangsarbeit in der westdeutschen Öffentlichkeit nicht als etwas spezifisch Nationalsozialistisches betrachtet wurde, nicht mit den NS-Verbrechen in Verbindung gebracht, sondern als zum ›normalen‹ Alltag gehörig gesehen wurde; mit ihr verband sich kein Schuldbewußtsein.<sup>5</sup>

Als sich die bundesrepublikanische Gesellschaft – reichlich spät – mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzte, standen die Massenvernichtungslager im Osten im Vordergrund. Die Verarbeitung dieser Verbrechen fiel möglicherweise leichter, da sie letztlich unvorstellbar waren und sich räumlich weit entfernt ereignet hatten. Die Erinnerung an die Unmenschlichkeiten in den Lagern vor der eigenen Haustür, am Arbeitsplatz, hätte empfindlicher getroffen, wäre unmittelbarer und folgenreicher für jeden einzelnen gewesen; auch deshalb verfielen sie dem Vergessen oder wurden verdrängt.

Jahrzehntelang kamen dementsprechend aus dem politisch-gesellschaftlichen Umfeld kaum Aufforderungen an die Geschichtswissenschaft, sich mit dem Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg zu beschäftigen. Wichtiger für die Erklärung der Forschungsdefizite sind allerdings wissenschaftsimmanente Entwicklungen: Methodisch orientierte sich die deutsche Geschichtswissenschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit ganz traditionell an der Geistesgeschichte und der Politikgeschichte, d. h. am Handeln der Mächte und staatlichen Institutionen.<sup>6</sup> Das Instrumentarium für eine Geschichtsbetrachtung von den leidenden Menschen her stand noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung; Quellenmaterial für eine Geschichte der Opfer allemal: Bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen stellte nämlich ›Sklavenarbeit‹ einen Hauptanklagepunkt dar, sowohl im Hauptverfahren als auch bei den folgenden Prozessen gegen Flick, Krupp und IG-Farben. Hier lag Material bereit, ohne von der Forschung ausgewertet zu werden.<sup>7</sup> Weitgehend ignoriert

4 Kurt Gottschalk, *Chronik von Lehre 888–1988*, Braunschweig 1988, S. 254 f. Natürlich gab es schon früh vereinzelte Lokalstudien, die ausführlich über Zwangsarbeiter, KZ-Nebenlager und »Todesmärsche« berichteten. Vgl. z. B. Rudibert Ettelt, *Kelheim 1939–1945*, Kelheim 1975, S. 37 ff., 122 ff. und 153 ff.; Dieter Rebentisch/Angelika Raab (Bearb.), *Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand. Dokumente über Lebensbedingungen und politisches Verhalten 1933–1945*, Neu-Isenburg 1978; Gerhard Hoch, *Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz*, Bad Bramstedt [1983], S. 273 ff.

5 Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter*, Berlin/Bonn 1986.

6 Vgl. hierzu u. a. Hans Mommsen, *Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges*, in: Bernd Faulenbach (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, München 1974; Ernst Schulz (Hg.), *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1965*, München 1989.

7 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Amtlicher Text, deutsche Ausgabe, Bd. I–XLII, Nürnberg 1947 ff. Vgl. auch die durch die »Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts« übersetzten und veröffentlichten OMGUS-Reports: *Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, Ermittlungen gegen die IG-Farben*, Nördlingen 1986/87.

wurden auch die in diesen Jahren erscheinenden Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge, von denen Kogons ›SS-Staat‹ der wichtigste war.<sup>8</sup>

Allerdings reagierten mehrere Untersuchungen zur Ausländerbeschäftigung im Krieg auf die Anklagen in den Nürnberger Nachfolgeprozessen. Sie müssen vor dem Hintergrund der beginnenden Entschädigungsdiskussion gesehen werden. In den Arbeiten von Knieriem, Kranzbühler – und etwas später Kannapin – wird die These von der ›Wirtschaft unter Zwang‹ postuliert.<sup>9</sup> Der Spielraum der Wirtschaft sei bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter denkbar gering gewesen. Befehle mußten ausgeführt, Gesetze befolgt werden. Für die Leiden der Fremdarbeiter seien nicht die Unternehmen verantwortlich gewesen, sondern der Staat und der nationalsozialistische Terrorapparat. Die Industrie habe sich in einem Notstand befunden. Für die wissenschaftliche NS-Forschung der frühen 60er Jahre waren der Eichmann-Prozeß in Jerusalem und der Frankfurter Auschwitz-Prozeß die große Herausforderung. Das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zum Auschwitz-Prozeß gab der Wissenschaft entscheidende Anstöße.<sup>10</sup>

Eine neue Historikergeneration hatte inzwischen begonnen, von einem empirischen Forschungsansatz herkommend, die wichtigsten Institutionen des Dritten Reiches zu beschreiben und neue Quellen zu erschließen. Mitte der 60er Jahre forderte eine unruhige, politisch sensibilisierte Studentenschaft eine intensivere Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und begann die Abrechnung mit den Verdrängungsmechanismen der Elterngeneration. Linke Faschismustheorien wurden rezipiert und führten zu heftigen Diskussionen über die Rolle der Industrie im NS-System, insbesondere während der Machtergreifungs- und Machtsicherungsphase. Der Zweite Weltkrieg und damit verbunden die Frage des Zwangsarbeitereinsatzes spielte in der Diskussion ›Primat der Wirtschaft oder Primat der Politik?‹ allerdings nur eine geringe Rolle.

Unabhängig von dieser Kontroverse erschien 1968 die vorwiegend organisationsgeschichtlich orientierte Untersuchung von Hans Pfahlmann ›Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft‹.<sup>11</sup> Sie analysierte die zahlreichen sozialpolitischen Erlasse der Behörden, lieferte statistisches Material und vermittelte eher den Eindruck von Normalität des Arbeitsalltags. Die materialreiche Studie des amerikanischen Historikers Edward L. Homze ›Foreign Labor in Nazi Germany‹ wurde von der Forschung nicht rezipiert, geschweige denn übersetzt.<sup>12</sup> Die 70er Jahre prägte der erbitterte Streit der Historiker um die Bewertung der inneren Struktur des Dritten Reiches. Sahen die einen das Herrschaftssystem entscheidend bestimmt durch Hitlers unumschränkte Machtstellung und die konsequente Realisierung eines festen politischen Programms, verwiesen die anderen auf rivalisierende Machtgruppen, auf das Chaos der Zuständigkeiten, auf die systemimmanente Dynamik, resultierend aus der wachsenden Radikalität als Mittel zur Herrschaftssicherung. Die Frage nach dem Handlungsspielraum und nach der Verantwortung der traditionellen Führungsgruppen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Staat stellte sich neu.

Dieser Interpretationsansatz eröffnete ein neues, ergiebiges Forschungsfeld. Hier ist die vorhin erwähnte Arbeit von Christian Streit anzusiedeln. Er konnte zeigen, daß für das

8 Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1974; erstmals erschienen 1946.

9 August v. Knieriem, *Rechtliche und menschliche Probleme*, Stuttgart 1953; Otto Kranzbühler, *Rückblick auf Nürnberg*, Hamburg 1949; Hans-Eckhardt Kannapin, *Wirtschaft unter Zwang*, Köln 1966.

10 *Anatomie des SS-Staates*. Hg. von Martin Broszat/Hans Buchheim/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, 2 Bde, Freiburg 1965.

11 Hans Pfahlmann, *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Darmstadt 1968.

12 Edward L. Homze, *Foreign Labor in Nazi Germany*, Princeton 1967.

Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener – das Sterben von Millionen Gefangener in deutschen Lagern war bis dahin unbeachtet geblieben – nicht allein Hitler und der NS-Terrorapparat verantwortlich waren, sondern in hohem Maße auch die Wehrmacht und, hinsichtlich des Arbeitseinsatzes, die deutsche Wirtschaft.<sup>13</sup>

Falk Pingel untersuchte in seiner Studie »Häftlinge unter SS-Herrschaft« erstmals in größerem Umfang den Einsatz der KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion, dabei das Beziehungsgeflecht staatliche Behörden – SS – Wirtschaft eindrucksvoll beschreibend. Ganz entscheidende Anstöße für die Erforschung der Zwangsarbeit kamen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre von einem wachsenden Interesse an der Sozialgeschichte des Zweiten Weltkriegs, insbesondere an den Lebensbedingungen der Arbeiterschaft.<sup>14</sup> Schließlich interessierte sich die Alltagsgeschichte ganz besonders für das Schicksal der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. Örtliche Initiativgruppen, Geschichtswerkstätten, Schüler im Rahmen des »Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte« entdeckten die Lager vor der Haustür.

Das gestiegene Interesse für das Thema Zwangsarbeit korrespondierte mit aktuellen Ereignissen: Die wachsende Ausländerfeindlichkeit ließ die Öffentlichkeit nach Kontinuitäten in der deutschen Geschichte fragen; der Flick-Spenden-Skandal und der Verkauf des Konzerns an die Deutsche Bank brachten die »Sklavenarbeit« ins öffentliche Bewußtsein. Der Bundestag diskutierte die Entschädigungsfrage; die Medien interessierten sich plötzlich für dieses Thema. Literaten verarbeiteten auf ihre Weise das Thema Zwangsarbeit.<sup>15</sup>

In sehr eindringlicher Form brachte Christoph Schminck-Gustavus einem breiteren Leserkreis das Schicksal der Zwangsarbeiter nahe, indem er literarische Darstellungsformen mit wissenschaftlicher Dokumentation verband. Erinnerungen von drei polnischen Zwangsarbeitern werden mit deutschen Zeugenaussagen und Akten kombiniert.<sup>16</sup> Nüchternen Akten des Gerichtsverfahrens gegen den 15jährigen Walerjan Wrobel, den ein Sondergericht zum Tode verurteilte, werden Aussagen von Überlebenden gegenübergestellt. Die Begegnung mit Tätern und Opfern, die Schilderung einer Reise in das Heimatdorf des Jungen formen sich zu einem eindrucksvollen, den Leser zutiefst bewegenden Bild, welches an Einzelschicksalen die ganze Ungeheuerlichkeit des Zwangsarbeitereinsatzes in Deutschland deutlich macht.<sup>17</sup> Schminck-Gustavus gab auch der Forschung entscheidende Anstöße, als er 1980 in der »Kritischen Justiz« eine Abhandlung über die Rechts- und Sozialverhältnisse der polnischen Zwangsarbeiter veröffentlichte und sich dabei unter Auswertung bisher in Deutschland nicht zur Kenntnis genommener polnischer Quellen mit dem

13 *Streit*, Keine Kameraden; vgl. auch *Alfred Streim*, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«, Karlsruhe 1981; *ders.*, Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg: Berichte und Dokumente 1941–1945, Heidelberg 1982. *Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm*, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.

14 *Dietmar Petzina*, Soziale Lage der deutschen Arbeiter und Probleme des Arbeitereinsatzes während des Zweiten Weltkrieges, in: *Waclaw Dlugoborski* (Hg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981. *Wolfgang Franz Werner*, Bleib übrig! Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983.

15 Einige Beispiele: *Heinrich Böll*, Gruppenbild mit Dame, Köln 1971; *Rolf Hochhuth*, Eine Liebe in Deutschland, Reinbek 1978; *Josef Winkler*, Die Verschleppung, Frankfurt 1984.

16 *Christoph Schminck-Gustavus* (Hg.), Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940–1945, Reinbek 1984.

17 Das Heimweh des Walerjan Wrobel. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42. Aufgezeichnet von *Christoph Schminck-Gustavus*, Bonn 1986.

alltäglichen ›Funktionieren‹ der nationalsozialistischen ›Polenpolitik‹ auseinandersetzte.<sup>18</sup>

Anfang der 80er Jahre erschienen erste Regionalstudien zum Thema Zwangsarbeit.<sup>19</sup> Zahlreiche Arbeiten zu den vielen kleinen Lagern sind verzeichnet im Jahrbuch des Schülerwettbewerbs ›Die Kriegsjahre in Deutschland‹, in der Gedenkstätten-Dokumentation der Bundeszentrale für politische Bildung und im ›Heimatgeschichtlichen Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung‹.<sup>20</sup>

In Gang kam auch die Erforschung der Zwangsarbeit in Großbetrieben. Besonderes Interesse fanden zwei Untersuchungen über die Daimler-Benz AG, die in sehr unterschiedlicher Weise die Behandlung der Zwangsarbeiter beschrieben. Die Festschrift zum 100jährigen Konzernjubiläum erklärt den massenweisen Einsatz von Zwangsarbeitern als der Firma von staatlicher Seite aufgezwungen. Die schlimme Behandlung der Fremdarbeiter habe sich auf die Lager beschränkt, und die hätten bekanntlich der SS unterstanden. Die Firmenleitung habe ihren sehr geringen Spielraum zum Wohl der Arbeiter genutzt und sich vorbildlich verhalten.<sup>21</sup> Zu einem gänzlich anderen Ergebnis kommt das von der ›Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts‹ herausgegebene Daimler-Benz-Buch.<sup>22</sup> Obwohl ihnen das Werksarchiv verschlossen blieb, haben die Autoren eine Fülle von Quellen zusammengetragen. Danach ergibt sich das Bild einer Konzernpolitik, die Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge unter ganz nüchternen Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten behandelte, sie je nach Bedarf anforderte und abschob. Gespannt darf man in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse des von Hans Mommsen geleiteten Projekts über die Geschichte des Volkswagenwerkes sein. Zum Thema Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit bei VW hat Klaus-Jörg Siegfried bereits wichtige Vorarbeiten geleistet.<sup>23</sup>

- 
- 18 *Christoph Schminck-Gustavus*, Zwangsarbeit und Faschismus. Zur ›Polenpolitik‹ im ›Dritten Reich‹, in: *Kritische Justiz*, 13, 1980, S. 1–27 und S. 184–206. Schminck-Gustavus wertete vor allem die polnische Dokumentensammlung ›Documenta occupationis‹ aus. Wichtige Forschungsimpulse gab auch *Jochen August*, Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XXIV, 1984, S. 305–354.
- 19 *Gerd Wysocki*, Zwangsarbeit im Stahlkonzern. Salzgitter und die Reichswerke ›Hermann Göring‹ 1937–1945, Braunschweig 1985; *Friederike Littmann*, Ausländische Zwangsarbeiter in Hamburg während des Zweiten Weltkrieges, in: *Arno Herzig* u. a. (Hg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 569–583. Anton Grossmann, Fremd- und Zwangsarbeiter in Bayern 1939–1945, in: *Klaus J. Bade* (Hg.), Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter, 2 Bde, Ostfildern 1984, S. 584–620. *Gerhard Hoch/Rolf Schwarz* (Hg.), Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein, Alveslohe u. Nützen 1985.
- 20 *Dieter Galinski/Wolf Schmidt*, Die Kriegsjahre in Deutschland 1939 bis 1945. Ergebnisse und Anregungen aus dem Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83, Hamburg 1985. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bonn 1987. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes 1933–1945 (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Köln 1985 ff.
- 21 *Hans Pohl/Stephanie Habeth/Beate Brüninghaus*, Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945. Eine Dokumentation, Wiesbaden 1986.
- 22 Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (Hg.), Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im ›Tausendjährigen Reich‹, Nördlingen 1987.
- 23 *Klaus-Jörg Siegfried*, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945. Eine Dokumentation, Frankfurt/New York 1986; *ders.*, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945, Frankfurt/New York 1988.

Die DDR-Geschichtsschreibung hat die Rolle der Zwangsarbeit in der Kriegswirtschaft wesentlich früher erforscht als die westdeutschen Historiker. Bereits Anfang der 60er Jahre erschienen hierzu wichtige Arbeiten.<sup>24</sup> Entsprechend der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung wurde die Verantwortlichkeit der Großkonzerne und ihre führende Rolle beim Fremdarbeitereinsatz herausgestellt. Hervorgehoben wurde die Kontinuität der Fremdarbeit vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik. Das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern wurde unter dem Gesichtspunkt von solidarischem Handeln des Proletariats im antifaschistischen Widerstand thematisiert. Das 1984 abgeschlossene Standardwerk »Deutschland im Zweiten Weltkrieg« und der zweite Band der »Kriegswirtschaft« von Dietrich Eichholtz modifizieren diese Ansätze insofern, als sie die spezifisch nationalsozialistischen Aspekte der Zwangsarbeit, die Rolle der SS und die Rassenideologie stärker betonen.<sup>25</sup>

Bleibt noch ein Hinweis auf den unterschiedlichen Sprachgebrauch in der Literatur: Sklavenarbeiter, Zwangsarbeiter, Fremdarbeiter – diese Bezeichnungen finden sich am häufigsten für die ausländischen Arbeiter in Deutschland. »Fremdarbeit« meint ganz allgemein und neutral die Beschäftigung von Ausländern. »Zwangsarbeit« berücksichtigt bereits im Begriff die Art und Weise der Rekrutierung sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen. »Sklavenarbeit« verweist auf die Rechtlosigkeit und Ausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte. Bei aller Begriffsvielfalt ist es ganz entscheidend, die Differenzierungen innerhalb des Millionenheeres der ausländischen Beschäftigten zu beachten.<sup>26</sup>

Die größte Zahl stellten die etwa sechs Millionen ausländischen Zivilarbeiter, die seit Kriegsbeginn, in der Regel zwangsweise, aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht wurden. Statusrechtlich von den Zivilarbeitern zu unterscheiden sind die etwa zwei Millionen Kriegsgefangenen, die zur Arbeit eingesetzt wurden. Zuständig für beide Gruppen waren die zivile Arbeitsverwaltung, das Rüstungsministerium, die Betriebe und für die Kriegsgefangenen die Wehrmacht. Zwischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen gab es Übergänge: Im Sommer 1940 wurden z. B. die polnischen Kriegsgefangenen in den Status von Zivilarbeitern überführt. Einen Sonderstatus hatten die italienischen Militärinternierten.<sup>27</sup> Ende 1944 waren 20 % aller in der deutschen Kriegswirtschaft Beschäftigten Ausländer, mehr als die Hälfte stammten aus Polen und der Sowjetunion. Hinzu kamen etwa 700 000 KZ-Häftlinge, die der SS unterstanden und in der letzten Kriegsphase unter schlimmsten Bedingungen zur Arbeit eingesetzt wurden. Ein großer Teil dieser Häftlinge waren Ausländer: jüdische Häftlinge, nicht-jüdische Bewohner der besetzten Gebiete und zunehmend ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, die bereits wegen harmloser Vergehen ins KZ eingeliefert wurden.

## NEUE AKZENTE DER FORSCHUNG

Die 1985 erschienene Untersuchung von *Ulrich Herbert* über Politik und Praxis des »Ausländereinsatzes« in der deutschen Kriegswirtschaft schloß nicht nur eine breite For-

24 Vgl. u. a. *Eva Seeber*, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin [DDR] 1964; die Arbeiten von *Joachim Lehmann*, in: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Rostock 1974 ff.

25 *Dietrich Eichholtz*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1930–1945, Bd. 2 (1941–1945), Berlin [DDR] 1985; Deutschland im Zweiten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von *Wolfgang Schumann* und *Gerhart Hass*, 5 Bde, Köln 1974–1984.

26 Vgl. hierzu *Ulrich Herbert*, Nicht entschädigungsfähig? Die Wiedergutmachungsansprüche der Ausländer, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goschler*, Wiedergutmachung in Deutschland, München 1989, S. 273 ff.

27 Hierzu jetzt grundlegend *Gerhard Schreiber*, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 bis 1945. Verraten – Verachtet – Vergessen, München 1990.

schungslücke, sondern gab der gesamten NS-Forschung neue Impulse.<sup>28</sup> Sie lieferte darüber hinaus wichtige Fakten und Interpretationsansätze für die gerade beginnende Wiedergutmachungsdebatte. Viele Regional- und Lokalstudien konnten auf diesem Standardwerk aufbauen.

Herbert hat sehr umfangreiches Quellenmaterial ausgewertet, darunter Bestände, die teilweise auch den noch vorzustellenden Beiträgen zugrunde liegen und deshalb kurz aufgelistet werden sollen: die noch vorhandenen Aktenbestände der obersten Reichsbehörden, der SS, des Wirtschafts- und Rüstungsamtes, der mittleren und unteren Verwaltungs- und Rüstungsbehörden; die Dokumentensammlungen des Nürnberger Prozesses, die Bestände der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, die polnische Sammlung ›Documenta occupationis‹, die ›Meldungen aus dem Reich‹. Als besonderer Glücksfall erwies sich die Benutzung einer nahezu vollständigen Sammlung der in deutschen Archiven liegenden Dokumente zur Ausländerpolitik des RSHA und anderer Reichsstellen, die von einer Arbeitsgruppe des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht Berlin zur Vorbereitung eines Prozesses gegen Mitglieder des RSHA zusammengestellt wurde. Verschluss blieben Herbert die meisten Werksarchive. Deren restriktive Haltung ist zur Zeit das gravierendste Problem für die Zwangsarbeitsforschung. Interviews wurden nur in seltenen Fällen in die Darstellung einbezogen. Dieses Quellenmaterial bedingt eine stark an politischen Institutionen und ihren Entscheidungen orientierte Analyse, d. h., die Erfahrungen und Empfindungen der Betroffenen bleiben eher am Rande – eine Einschränkung, die dem Autor sehr wohl bewußt ist.

Herbert untersucht vier Problembereiche: die Vorgeschichte des Ausländereinsatzes, das Feld der politischen Entscheidungen, die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen sowie das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern. Er geht dabei chronologisch vor, wobei er für die einzelnen Kriegsphasen – Blitzkrieg, Wende 1941/42, totaler Krieg – jeweils gesondert Politik und Praxis des Ausländereinsatzes untersucht. Dieses Darstellungsprinzip führt zu manchen Wiederholungen und Längen. Es macht jedoch die Dynamik der Entwicklung, die großen Veränderungen binnen weniger Jahre überaus deutlich. Von den vielfältigen Ergebnissen dieser Studie sollen nur einige wenige herausgegriffen werden:

1. Zwar verweist Herbert auf einige Vorläufer der nationalsozialistischen Zwangsarbeit (1. Weltkrieg), eine Kontinuität der Zwangsarbeit über Jahrzehnte hinweg vermag er jedoch nicht zu sehen.

2. Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg war nicht das Ergebnis langfristiger Planung, sondern ein jeweils situatives Reagieren auf die Beschäftigungssituation der deutschen Bevölkerung (Frauenarbeit). Langfristiger geplant war allerdings der Einsatz von Kriegsgefangenen, die von vornherein einem strikten Überwachungssystem unterlagen.

3. Der Einsatz ausländischer Arbeiter, vor allem aus den besetzten Ostgebieten, führte das NS-System in einen nahezu unauflöselichen Widerspruch. Er war spätestens seit 1941 ökonomisch unerläßlich, kollidierte jedoch in hohem Maße mit der Rassenideologie des Nationalsozialismus. In diesem Konflikt zwischen ökonomischem Interesse und Weltanschauung gab es innerhalb der Führungsgruppen starke Gegensätze. Die prinzipiellen Gegner einer Ausländerbeschäftigung – sie konzentrierten sich in der SS und im RSHA – setzten für ihre schließliche Zustimmung ein sich ständig verschärfendes Repressivsystem durch. Die ›Polen- und Ostarbeitererlasse‹, die einen rechtlichen und sozialen Sonderstatus schufen, waren ein Beispiel für diesen Herrschaftskompromiß. Hier wird deutlich, daß Herberts Studie, über die engere Fragestellung hinaus, ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der nationalsozialistischen Herrschaftsstruktur und Herrschaftstechnik ist.

28 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1985, 494 S.

4. Zwischen den Entscheidungen auf der Führungsebene und der Praxis vor Ort lassen sich erhebliche Unterschiede beobachten. In der letzten Kriegsphase verlagerten sich die Entscheidungen zunehmend auf die regionale und lokale Ebene. Dies konnte zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen führen, aber auch zu einer Eskalation der Gewalt.

5. Die Haltung der Industrie zum Einsatz von Zwangsarbeitern war bis 1941 eher abwartend. Der sich zuspitzende Arbeitskräftemangel seit der Kriegswende 1941 bewirkte ein Umdenken. Entscheidend für die Industrie waren Effizienz, Kosten und Gewinn. Eine solche Einschätzung konnte zu konkreten Verbesserungen der Zwangsarbeiter führen, aber auch zu brutaler Ausbeutung im Fall der jederzeitigen Ersetzbarkeit der Fremdarbeiter.

6. Die Verhaltensformen deutscher Arbeiter gegenüber Zwangsarbeitern reichten von Solidarität bis zu Schikanen und brutaler Unterdrückung. Viele deutsche Arbeiter übernahmen erstmals Vorgesetztenfunktion, was durchaus entsolidarisierend wirken konnte. Weiterführend scheint mir der Hinweis, daß das gegenseitige Verhältnis am Arbeitsplatz in hohem Maße vom Produktionsprozeß selbst geprägt worden sei. Ein gewisser Gewöhnungsprozeß kam hinzu, so daß Herbert zu Recht von einer Doppelstruktur der betrieblichen Wirklichkeit spricht: Repression und Integration.

Erstmals erhalten wir ein umfassendes und zugleich differenziertes Bild von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter in Deutschland, vom Gewalt- und Repressionssystem, dem sie ausgesetzt waren, von ihrem Widerstand und Sich-Verweigern. Erkennbar werden auch die unterschiedlichen Überlebensmöglichkeiten, die von vielen Faktoren abhingen: der nationalen Zugehörigkeit, der beruflichen Qualifikation, der Branche, dem Betrieb, dem Lager. Das in der Einleitung formulierte Ziel, ein Interpretationsangebot zur Geschichte der ausländischen Arbeiter im Zweiten Weltkrieg zu entwickeln, hat Herbert in eindrucksvoller Weise erreicht.

Der in der Reihe »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« erschienene Band *Herrenmensch und Arbeitsvölker*<sup>29</sup> enthält neben einer komprimierten Fassung der eben besprochenen Studie von Ulrich Herbert den Erinnerungsbericht eines ehemaligen italienischen Militärinternierten, der nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt wurde, sowie Berichte polnischer Zwangsarbeiter – jeweils kommentiert von Christoph Schminck-Gustavus oder Jochen August. Im übrigen macht August mit Quellenbeständen bekannt, die bisher von der deutschen Forschung nicht genutzt wurden: Erinnerungsberichte zur deutschen Okkupation und zum Arbeitseinsatz in Deutschland, die in der Nachkriegszeit mittels Preisausschreiben von wissenschaftlichen Institutionen und großen polnischen Zeitungen zusammengetragen wurden. Matthias Hamann befaßt sich schließlich in seinem Beitrag »Erwünscht und unerwünscht« mit der rassenpsychologischen Selektion von Ausländern. Dieser mußten sich alle polnischen Männer unterziehen, die wegen Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen hingerichtet werden sollten; sie blieben am Leben, wenn das »Rassegutachten« eine »Eindeutschung« für möglich hielt.

Einem solchen Verfahren mußten sich seit 1942 auch alle polnischen und russischen schwangeren Frauen aussetzen. War mit einem »rassisch wertvollen« Kind zu rechnen, wurde eine beantragte Schwangerschaftsunterbrechung verboten. Bei einem zu erwartenden »minderwertigen« Kind wurde die Zustimmung erteilt, ja die Frauen wurden trotz der behaupteten Freiwilligkeit ihrer Entscheidung mit mehr oder weniger subtilen Mitteln zum Abbruch gezwungen.<sup>30</sup> Die »rassische Eignungsprüfung« konnte über Leben und Tod ent-

29 Jochen August u. a., *Herrenmensch und Arbeitsvölker*. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945 (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 3), Rotbuch Verlag, Berlin <sup>2</sup>1989, 189 S.

30 Vgl. auch Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 247 ff. Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus*. Untersuchungen zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1985.

scheiden. Das Verfahren erforderte übrigens eine enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsämtern, Arbeitsämtern, Arbeitgebern und der Polizei.

#### DIE LAGER VOR DER HAUSTÜR: LOKALE UND REGIONALE STUDIEN

Für die Geschichtswerkstätten und örtlichen Initiativgruppen bildeten die ›Lager vor der Haustür‹ ein Hauptbetätigungsfeld. Sie machten sich auf Spurensuche, gruben längst Verschüttetes aus, befragten Eltern, Großeltern, Mitbewohner. Sie suchten – oft mühsam genug – die Opfer auf und konnten sie zum Reden bringen. In vielen Städten und Dörfern kam es erstmals nach Jahrzehnten zu Begegnungen zwischen Einheimischen und den ehemaligen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Anstöße für die historischen Erkundungen gaben aktuelle politische Ereignisse (Ausländerproblematik, der Flick-Spendenskandal und die Entschädigungsdiskussion). Oft war es der Zorn über verharmlosende Darstellungen der Zwangsarbeit in Heimatchroniken und Firmen-Jubiläumsschriften (»Zwanzig Nationen gaben sich ein Stelldichein«). Neue Vermittlungsformen von Geschichte ließen sich erproben (Ausstellungen, alternative Stadtführungen). Diese lokalen Initiativen brachten Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit in Gang, was der etablierten Geschichtswissenschaft bis dahin nicht in vergleichbarem Umfang gelungen war. Sie leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Bildung eines kritischen historischen Bewußtseins am Ort und in der Region.<sup>31</sup>

Zugleich erschlossen sie umfangreiches Quellenmaterial. Dabei spielte die ›Oral History‹, mittlerweile das »klassische Exerzierfeld« der Geschichtswerkstätten, eine wesentliche Rolle. Die meisten der hier vorzustellenden Untersuchungen beruhen auf Gesprächen mit Opfern, den damals ›unbeteiligten‹ einheimischen Zeugen, selten mit den Tätern. Fast alle Autoren reflektieren ihre mit dieser Methode gemachten Erfahrungen, die sich weitgehend gleichen: Da sind die Grenzen des Aussagewertes von Erinnerungen angesichts der vielen Widersprüche, der Gedächtnislücken, der emotionalen Betroffenheit, der eingeschränkten Wahrnehmung, des Nachwirkens der NS-Ideologie. Da sind die Irritationen und das Erschrecken über die bis heute anhaltenden Verdrängungsmechanismen, über erfahrene Beschimpfungen und erlebte Aggressivität. Da ist aber auch die Erfahrung des qualitativ Anderen in der Erinnerung, der Wahrnehmung und Interpretation seitens der Opfer im Vergleich zu den amtlichen Dokumenten, die Erfahrung mit dieser besonderen Art von Subjektivität.<sup>32</sup>

Im Aufbau ähneln sich fast alle Beiträge: Beschreibung der Rahmenbedingungen und des Entscheidungsprozesses auf der Führungsebene, Rekrutierung der Zwangsarbeiter, Ernährung, Bekleidung, Unterbringung, Krankenbehandlung, Arbeitsbedingungen, Verhalten der deutschen Bevölkerung, Überwachungssystem, Gewalt und Terror, Formen des Widerstandes, Auflösung der Lager, juristische Aufarbeitung nach 1945, heutiger Umgang. Eine vergleichende Lektüre ergibt erstaunliche Gemeinsamkeiten. Das mag zusammenhängen mit ähnlichen methodischen Ansätzen, den gleichen zentralen Quellen für den Entscheidungsprozeß auf Reichsebene und ähnlichen Produktionsstrukturen der untersuchten Betriebe. Gleichwohl läßt sich nur aus einer Vielzahl von Regional- und Lokalstudien ein umfassendes Bild der Zwangsarbeit in Deutschland gewinnen.

Eine erste Bilanz über die Arbeit von örtlichen Initiativgruppen zum Thema *Zwangsarbeit* zieht Heft 19 der ›Geschichtswerkstatt‹, das Publikationsorgan der Geschichtswerk-

31 Vgl. *Thomas Lindenberger/Michael Wildt*, Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XXIX, 1989, S. 393–411.

32 *Michael Pollak*, Die Grenzen des Sagbaren. Lebensgeschichten von KZ-Überlebenden als Augenzeugenberichte und als Identitätsarbeit, Frankfurt/New York 1988.

stätten.<sup>33</sup> Rainer Habel erzählt vom Besuch zweier ehemaliger Häftlinge aus Neuengamme im Außenlager Bremen-Farge im Jahr 1983. Empfindungen bei der Wiederbegegnung, Erinnerungen und Sachinformationen vermischen sich zu einem eigenartig anrührenden Text. Andreas Wagner und Anton Posset berichten über Zwangsarbeit bei einem Sprengstoffwerk in Wolfratshausen bzw. beim Großbauprojekt Kaufering-Landsberg für die unterirdische Jägerflugzeugproduktion. Dieter Vaupel schildert das sich über Jahre hinziehende Entschädigungsverfahren ehemaliger Zwangsarbeiterinnen bei der Dynamit AG. Wolfgang Form und Jürgen Roth informieren über den Arbeitseinsatz von Häftlingen in Gefängnissen und Zuchthäusern, einer bisher weitgehend übersehenen Gruppe.

Das Leben und Sterben der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Münster<sup>34</sup> untersucht *Marcus Weidner*. Allein die Erfassung der Lager, die sich netzartig über das gesamte Stadtgebiet ausdehnten, erwies sich als äußerst schwierig. Häufig fand er nur »Gräber als Spuren«. Von allgemeinerem Interesse sind die Hinweise auf den Zwangsarbeitereinsatz bei landwirtschaftlichen Betrieben in der Umgebung von Münster.

In Verbindung mit drei Dokumentarfilmen entstand das Buch »Deutsche und Ausländer in der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall-Borsig« von *Barbara Kasper, Lothar Schuster* und *Christof Watkinson*.<sup>35</sup> Den Autoren war die Diskrepanz aufgefallen zwischen der unmenschlichen Behandlung der Zwangsarbeiter, wie sie sich in Erlassen und Verordnungen spiegelte und den Fotos und Filmen, auf denen die Nazis nur »freudig schaffende Zwangsarbeiter« (S. 6) zeigten. Diese Verklärung wirklicher Verhältnisse interpretieren die Verfasser nicht nur als Propaganda, sondern auch als Bestandteil »eines Systems scheinbarer Normalität«, einer Normalität, die sich aus dem Produktionsverlauf und dem Betriebsalltag ergab. »Der ideologisch und praktisch betriebenen Trennung zwischen Deutschen und Ausländern stand der Zwang zur betrieblichen Kooperation entgegen« (S. 6). Diese Interpretation wird gestützt durch Erzählungen, in denen sehr unterschiedliche Personengruppen über das damalige Arbeitsleben bei Borsig berichten: ein Betriebsleiter, deutsche Arbeiter, ein Lehrling, dienstverpflichtete Frauen, holländische und polnische Zwangsarbeiter. Aus sehr unterschiedlichen Perspektiven entsteht ein Bild vom widersprüchlichen Verhalten der Menschen, das durchaus individuellen Handlungsspielraum erkennen läßt.

Auch die Broschüre von *Barbara Johr* und *Hartmut Roder* ist in Zusammenhang mit einem Dokumentarfilm entstanden, über den Bau des U-Boot-Bunkers »Valentin« in Bremen-Farge.<sup>36</sup> Zehntausend Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge arbeiteten hier in den Jahren 1943 bis 1945 unter unbeschreiblichen Bedingungen; 4000 starben. Eindrucksvoll ist die Beschreibung des Lagersystems mit der strikten Unterteilung in zivile Fremdarbeiterlager, Kriegsgefangenen-, Arbeitserziehungslager und die KZ-Außenlager.

Eine ungewöhnliche Darstellungsform hat *Hartmut Müller* gewählt:<sup>37</sup> Aus mündlichen und schriftlichen Berichten von Überlebenden hat er ein fiktives Tagebuch einer Betroffenen geschrieben, das die Geschichte der »Frauen von Obernheide«, einer Gruppe von 800

33 Zwangsarbeit. Arbeit – Terror – Entschädigung. Geschichtswerkstatt, Heft 19, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1989, 110 S.

34 *Marcus Weidner*, Nur Gräber als Spuren. Das Leben und Sterben von Kriegsgefangenen und »Fremdarbeitern« in Münster während der Kriegszeit 1939–1945, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1984, 134 S.

35 *Barbara Kasper/Lothar Schuster/Christof Watkinson*, Arbeiten für den Krieg. Deutsche und Ausländer in der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall-Borsig 1943–1945, VSA-Verlag, Hamburg 1987, 115 S.

36 *Barbara Johr/Hartmut Roder*, Der Bunker. Ein Beispiel nationalsozialistischen Wahns. Bremen-Farge 1943–45, Edition Temmen, Bremen 1989, 68 S.

37 *Hartmut Müller*, Die Frauen von Obernheide. Jüdische Zwangsarbeiterinnen in Bremen 1944/45, Donat Verlag, Bremen 1988, 146 S.

ungarischen Jüdinnen, die 1944 nach Bremen zur Zwangsarbeit deportiert wurden, erzählt. Müller erreicht damit – ähnlich wie Eberhard Fechner in seinen Filmen – eine Authentizität, die der historisch-wissenschaftlichen Analyse ebenbürtig ist.

Das läßt sich von dem Bericht, den *Margarethe Pfeffer-Bouillon* über das Lagerleben französischer Kriegsgefangener in einem hessischen Dorf gibt, nicht sagen.<sup>38</sup> Es gerät, bei aller Anerkennung für den ihn prägenden Geist der Versöhnung, zum harmlosen Genrebild. Gleichwohl muß man berücksichtigen, daß Zwangsarbeit auf dem Land erträglicher sein konnte als in der Rüstungsindustrie.

Obwohl sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren intensiv mit ihrer Geschichte beschäftigten, auch mit der Lage der Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus, wurde das Thema Zwangsarbeit bisher nicht aufgearbeitet. Die Verwaltungsstelle der IG Metall Wetzlar hat im Rahmen einer umfangreichen Dokumentation *Panzerrohre zu Pflugscharen* auf den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie Wetzlar aufmerksam gemacht.<sup>39</sup> Diese Erinnerungsarbeit hat für die Gewerkschaften Legitimationsfunktion. »Das Schicksal der Zwangsarbeiter und der deutschen Arbeiter lehrt uns, daß es soziale Rechte nur solange gibt, wie wir sie verteidigen können« (S. 17). Und zur Verteidigung brauche man starke Gewerkschaften. Eine solche Sicht ist in der Gefahr, die gesamte Arbeiterschaft – Deutsche und Ausländer – ohne die notwendigen Differenzierungen als Opfer des NS-Zwangssystems zu sehen. Täter sind dementsprechend die NS-Behörden, die Unternehmer, der Werkschutz, der Lagerleiter, während sich die deutschen Arbeiter weitgehend solidarisch verhalten hätten.

Zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms 1938 haben *Alfred Frei* und *Jens Runge* einen Sammelband herausgegeben,<sup>40</sup> der sich mit dem Schicksal der Juden, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Singen und der südwestdeutschen Grenzregion befaßt. Beiträge zur jüdischen Kultur stehen im Mittelpunkt. Zur Lage der Zwangsarbeiter findet sich nur ein Beitrag. Wilhelm Josef Waibel stellt darin – etwas zu harmonisierend – erste Ergebnisse seiner Forschung vor.

Einen recht reißerischen Titel wählt der Journalist *Michael Sylvester Koziol* für seine Geschichte des Fliegerhorstes Schwäbisch-Hall.<sup>41</sup> Der Leser ist zunächst überrascht, auf zwei Dritteln des Buches eine Fülle militärtechnischer Einzelheiten über den Bau und die Funktion des Flughafens, den Flugbetrieb, die Flugzeugtypen, über jeden deutschen Einsatz und jeden alliierten Angriff zu finden – Militärgeschichte im traditionellen Sinn, verbunden mit einer gewissen Faszination für flugtechnische Entwicklungen. Der letzte Teil behandelt die Geschichte des KZ Hessental, eines Außenlagers des KZ Natzweiler. Auf Anforderung der mit Bauvorhaben der Luftwaffe beauftragten Organisation Todt kamen Anfang Oktober 1944 etwa 600 polnische Juden ins Lager. Sie wurden bei Aufräumarbeiten auf dem Fliegerhorst eingesetzt. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen beschreibt Koziol sehr eindrucksvoll. Er stützt sich dabei auf Zeugenaussagen in Nachkriegsprozessen und späte-

38 *Margarethe Pfeffer-Bouillon*, Die Waldarbeiter vom Neuhof. Französische Kriegsgefangene in Deutschland. Erinnerungen an Erlebnisse aus dem 2. Weltkrieg, E. H. Vettermann Verlag, Niedernhausen 1985, 80 S.

39 *Panzerrohre zu Pflugscharen*. Zwangsarbeit – Wiederaufbau – Sozialisierung Wetzlar 1939–1956. Text und Dokumente *Witich Rossmann*, hg. von der Verwaltungsstelle der IG Metall, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1987, 485 S.

40 *Alfred G. Frei/Jens Runge* (Hg.), *Erinnern – Bedenken – Lernen*. Das Schicksal von Juden, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zwischen Hochrhein und Bodensee in den Jahren 1933 bis 1945, Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1990, 266 S.

41 *Michael Sylvester Koziol*, *Rüstung, Krieg und Sklaverei*. Der Fliegerhorst Schwäbisch Hall-Hessental und das Konzentrationslager. Eine Dokumentation, Jan Thorbecke Verlag, 2. überarb. Auflage, Sigmaringen 1989, 246 S.

ren Berichten. Besonders bedrückend liest sich die Schilderung des ›Todesmarsches‹ nach München-Allach, der in einer Orgie der Gewalt seitens der SS eskalierte.

Neben Bremen ist der nordhessische Raum hinsichtlich der allgemeinen Lage der ausländischen Arbeiter am besten erforscht. Wir verdanken diese günstige Situation einem Forschungsprojekt an der Gesamthochschule Kassel, das sich unter Leitung von Dietfried Krause-Vilmar mit der Geschichte Kassels in der NS-Zeit auseinandersetzt. Kassel und seine Umgebung waren im Zweiten Weltkrieg ein Rüstungszentrum (Henschel, Dynamit AG). Die wichtigsten Ergebnisse zum Thema Zwangsarbeit veröffentlichte die Hochschule in ihrer Reihe ›Nationalsozialismus in Nordhessen‹. Es handelt sich meistens um Examensarbeiten, die durchwegs neues Quellenmaterial erschließen und allesamt wichtige Bausteine für eine künftig zu schreibende Gesamtdarstellung des Zwangsarbeitereinsatzes liefern. Für Kassel selbst ist dies inzwischen geschehen: Krause-Vilmar hat im Rahmen einer zweibändigen Darstellung über Kassel in nationalsozialistischer Zeit ein überzeugendes Beispiel gegeben, wie die Geschichte der Zwangsarbeit in eine moderne Stadtgeschichte einzubeziehen ist.<sup>42</sup>

Einige Veröffentlichungen der Nachwuchshistoriker seien hier kurz vorgestellt: Bei der Studie von *Thomas Ewald*, *Christoph Hollmann* und *Heidrun Schmidt* über »ausländische Zwangsarbeiter in Kassel 1940–1945« interessieren vor allem die Abschnitte über das betriebliche Überwachungs- und Bestrafungssystem, die Krankenbehandlung und das Versicherungssystem für Zwangsarbeiter.<sup>43</sup> *Klaus Mosch* beschreibt die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Zwangsarbeitslager Schäferberg der Henschelwerke.<sup>44</sup> *Jürgen Raabe* untersucht Zwangsarbeit im kurhessischen Kupferschieferbergbau Sontra, in dem vor allem Polen und Franzosen eingesetzt waren.<sup>45</sup> Zwei Architekturstudenten, *Wolfram König* und *Ulrich Schneider*, stießen bei ihren Vorarbeiten für einen Flächennutzungsplan für das Industriegebiet Hirschhagen auf Reste einer Munitionsfabrik der ›Verwertchemie‹ mit den dazugehörigen Zwangsarbeiterlagern.<sup>46</sup> In mühsamer Spurensuche mußten Fabrik und Lager ›ausgegraben‹ werden. Dies verweist auf heutige Verdrängungsmechanismen einerseits, auf wirksame Tarnung in der NS-Zeit andererseits. Tarnungsmöglichkeiten spielten nämlich für die Standortwahl der Rüstungswerke eine entscheidende Rolle, desgleichen strukturpolitische Überlegungen hinsichtlich vorhandener Arbeitskräfte. Doch das einheimische Kräftepotential erschöpfte sich sehr rasch. Die Munitionsfabriken mußten auf dienstverpflichtete Frauen, Angehörige des Reichsarbeitsdienstes, ausländische Arbeiter, Kriegsgefangene und schließlich auf KZ-Häftlinge zurückgreifen. Die gesundheitsgefährdenden schweren und extrem gefährlichen Tätigkeiten machten die Munitionsbetriebe zu wahren ›Himmelfahrtskommandos‹.

Mit Zwangsarbeit in der Munitionsindustrie befaßt sich auch die umfangreiche Untersuchung von *Bernd Klewitz* am Beispiel der beiden Rüstungswerke Dynamit AG und WA-

42 *Dietfried Krause-Vilmar*, Ausländische Zwangsarbeiter in der Kasseler Rüstungsindustrie, in: *Wilhelm Frenz/Jörg Kammler/Dietfried Krause-Vilmar* (Hg.), Volksgemeinschaft. Volksfeinde. Kassel 1933–1945. Studien, Bd. 2, Fulda 1987, S. 388–414.

43 *Thomas Ewald/Christoph Hollmann/Heidrun Schmidt*, Ausländische Zwangsarbeiter in Kassel 1940–1945, Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel, Kassel 1988, 227 S.

44 *Klaus Mosch*, Schäferberg. Ein Henschel-Lager für ausländische Zwangsarbeiter (= Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte Heft 1), Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel, Kassel 1983, 157 S.

45 *Jürgen Raabe*, Zwangsarbeit bei der Kurhessischen Kupferschieferbergbau Sontra 1940–1945 (= Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 10), Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel, Kassel 1986, 135 S.

46 *Wolfram König/Ulrich Schneider*, Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik (= Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 8), Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel, Kassel 1985, 213 S.

SAG in Stadtallendorf bei Marburg.<sup>47</sup> Klewitz versteht seine Fallstudie als Vermittlung zwischen struktur- und alltagsorientierter Regionalgeschichte, dergestalt, »daß innerhalb der Rahmenbedingungen, die das faschistische Terrorsystem setzte, die Geschichte seiner Opfer in der Rekonstruktion ihres Alltags besonders hervortritt« (S. 37). Zu diesen Rahmenbedingungen zählt das Verhältnis zwischen NS-System und der IG-Farben, der größte Anteilseigner an den beiden Munitionswerken. Klewitz spricht von der »Prägung faschistischer Kriegsziele und [der] Schaffung von direkten Abhängigkeiten der politischen Führung von den Exponenten des größten deutschen Chemiekonzerns« (S. 265). Zumindest dieser, von der ›Agententheorie‹ beeinflusste Interpretationsansatz, dürfte inzwischen von der Forschung widerlegt sein. Klewitz kommt in vielem zu anderen Ergebnissen als Herbert: er sieht eine planmäßig betriebene Vorbereitung für den Einsatz von Zwangsarbeitern bereits vor dem Krieg (S. 79), eine These, die durch die von ihm angeführten Quellen allerdings nicht hinreichend zu belegen ist. Er widerspricht der Auffassung, der Zwangsarbeitereinsatz sei von den jeweiligen Kriegserfordernissen erzwungen worden (S. 81). Freilich berücksichtigt er dabei die ganz unterschiedlichen Bedingungen 1940 und 1944 zu wenig.

Die Stärke dieser Studie liegt in der Beschreibung der Arbeits- und Lebenssituation der Allendorfer Zwangsarbeiter. Deutlich wird, daß die Unternehmensleitung vorhandene Handlungsspielräume nicht zugunsten der ausländischen Arbeiter ausnutzte. Bestimmend für das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern war die Statusaufwertung vieler deutscher Arbeiter durch Aufsehertätigkeiten sowie die starke Präsenz von Dienstverpflichteten, die sich gerade nicht solidarisch verhielten (S. 134). Im letzten Teil des Buches beschreibt Klewitz den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen: Zwischen August 1944 und März 1945 mußten 1000 ungarische Jüdinnen, die vorher in Auschwitz ausgesucht worden waren, unter schlimmsten Verhältnissen bei der Dynamit AG arbeiten.

Mit einem kleinen Lager in der Nähe von Braunschweig befaßt sich im Auftrag der Gemeinde Vechelde – ein durchaus bemerkenswerter Vorgang – *Axel Richter*.<sup>48</sup> Das Lager wurde 1944 im Zusammenhang mit dem Einsatz von KZ-Häftlingen bei den Büssing-Automobilwerken errichtet. Für die allgemeine Diskussion von Interesse ist Richters Hinweis, daß sich die Firmenvertreter selbst in Auschwitz die Arbeitskräfte, meistens Metallfacharbeiter, ausgewählt hätten.

Es waren wiederum ›Laienhistoriker‹, die ein wenig Licht in ein dunkles Kapitel des Zwangsarbeitereinsatzes in Deutschland brachten: das Los der schwangeren Frauen und ihrer neugeborenen Kinder. *Susanne Hohlmann*<sup>49</sup> rekonstruiert aus Gesprächen und den wenigen Aktenüberresten das Sterbe- und Geburtenlager Pfaffenwald bei Bad Hersfeld.<sup>50</sup> *Bernhild Vögel* geht in einem mühsamen Ermittlungsverfahren den Zuständen in einem Braunschweiger Entbindungsheim nach.<sup>51</sup> Bei der Quellensuche hat sie die ausgetretenen Bahnen verlassen und wurde tatsächlich in den Standes-, Gesundheits-, Garten- und Friedhofsämtern fündig. Während der ersten Kriegsjahre schickten die Behörden kranke und

47 *Bernd Klewitz*, *Die Arbeitssklaven der Dynamit Nobel*, Verlag Engelbrecht, Schalksmühle 1986, 320 S.

48 *Axel Richter*, *Das Unterkommando Vechelde des Konzentrationslagers Neuengamme. Zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsproduktion*, hg. von der Gemeinde Vechelde, Selbstverlag, Vechelde 1985, 126 S.

49 *Susanne Hohlmann*, *Pfaffenwald. Sterbe- und Geburtenlager 1942–1945 (= Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 2)*, Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel, 2. Aufl. Kassel 1988, 255 S.

50 Ergänzend hierzu *Manfred Klüppel*, ›Euthanasie‹ und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina und Merxhausen (= Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 4), Kassel 1985.

51 *Bernhild Vögel*, *Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen. Braunschweig, Broitzemer Straße 200 (= Kleine historische Bibliothek, Bd. 3, hg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts)*, Hamburg 1989, 197 S.

schwängere Ausländerinnen in ihre Heimatländer zurück. Mit wachsendem Arbeitskräftemangel erfolgte ein Kurswechsel; der »Rückführungserlaß« wurde Ende 1942 aufgehoben. Schwangere Frauen mußten in Deutschland gebären. »Gutrassige« Kinder übernahm die NSV, »schlechtrassige« kamen in eine »Ausländerkinder-Pflegestätte«, im damaligen Sprachgebrauch auch »Aufzuchtraum für Bastarde« genannt (S. 39). Die Ernährung war ins Belieben der örtlichen Behörden gestellt (S. 40).

Vor diesem Hintergrund ist die Errichtung des Entbindungsheims zu sehen. Es unterstand zunächst der Braunschweiger AOK, später übernahm es die Industrie- und Handelskammer. B. Vögels Recherchen ergaben für das Säuglingsheim eine erschreckend hohe Sterberate (S. 55 ff.). Die Säuglinge starben innerhalb des ersten Lebensmonats. Todesursachen waren Durchfall, extreme Unterernährung und Furunkolose. Bewußt herbeigeführte Tötungen lassen sich mit letzter Sicherheit nicht nachweisen, obwohl Anfang 1945 viele Säuglinge unter merkwürdigen Umständen starben. Es gab sicherlich keinen »Befehl von oben«, möglichst viele Säuglinge sterben zu lassen. Es war die Summe unterschiedlicher Verhaltensformen, die – wie so häufig im NS-System – eine konkrete Anordnung unnötig erscheinen ließen: Pflichtbewußtsein, Abschieben von Verantwortung, Effizienzdenken, Gleichgültigkeit gegenüber einer Menschengruppe, die man für »minderwertig« hielt. Die nationalsozialistische Rassenideologie prägte bewußt oder unbewußt die Handlungen des Vertreters der kassenärztlichen Vereinigung, des Angestellten der AOK, des Beamten des Gesundheitsamtes, der Unternehmer, der Mitglieder der IHK. Ihre Institutionen, die gewöhnlich nicht im Zusammenhang mit Gewalt und Terror genannt werden, hatten das Sterben im Entbindungsheim mit zu verantworten.<sup>52</sup>

Von den verschiedenen Formen der Zwangsarbeit ist der Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge am intensivsten erforscht. Häftlingsarbeit spielte seit Bestehen der Konzentrationslager eine zentrale Rolle im Zwangssystem der Nationalsozialisten. In den ersten Jahren diente sie als »Strafe« bzw. zur »Erziehung«. Mit dem Aufbau eigener SS-Wirtschaftsbetriebe und der Ausdehnung des Gewalt- und Terrorsystems auf neue Feindgruppen und nach Kriegsbeginn auf die eroberten Gebiete – beides führte zu einem sprunghaften Anstieg der Häftlingszahlen – erhielt Arbeit einen neuen Stellenwert. Sie diente der Produktion (Steinbrüche, Ziegelwerke), aber auch der Vernichtung der Häftlinge angesichts schlimmster Arbeitsbedingungen. »Ökonomisierung der Konzentrationslagerhaft und Abarbeitung der Häftlinge bis zum Tod durch Erschöpfung« bildeten in dieser Phase eine Einheit.<sup>53</sup> Diese Strategie ließ sich solange durchhalten, wie die SS aus den eroberten Gebieten immer wieder neue Häftlingsschübe in die Lager bringen konnte. Einen entscheidenden Funktionswandel – dies konnte Pingel überzeugend zeigen<sup>54</sup> – erfuhren die Konzentrationslager mit dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie. Angesichts des sich abzeichnenden Arbeitskräftemangels entschied sich die NS-Führung für den Einsatz der KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie. In den Vernichtungslagern wurden die arbeitsfähigen Deportierten selektiert. Auf Reichsgebiet errichtete das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt mit Zustimmung der Unternehmer auf dem Betriebsgelände oder in unmittelbarer Nähe sogenannte Außenkommandos, die der Verwaltung der Hauptlager unterstellt blieben. Die Firmen zahlten der SS eine Gebühr pro Tag und Häftling.

Im Anschluß an die bahnbrechende Arbeit von Falk Pingel über den Häftlingseinsatz in der Rüstungsindustrie erschienen zunächst Regional- und Lokalstudien zu diesem

52 Zum Massensterben im Kinderheim des Volkswagenwerkes vgl. *Siegfried*, *Leben der Zwangsarbeiter*, S. 235 ff.

53 *Falk Pingel*, *Die Konzentrationslagerhäftlinge im nationalsozialistischen Arbeitseinsatz*, in: *Długoborski*, *Zweiter Weltkrieg*, S. 156.

54 *Pingel*, *Häftlinge*.

Thema.<sup>55</sup> Die gewichtigste Darstellung über die Außenkommandos verfaßte ein Historikerteam der Universität Hannover über Häftlingsarbeit und Rüstungsproduktion in Hannover.<sup>56</sup> Sie beschrieben erstmals für eine Großstadt auf breiter Quellenbasis das System der Außenlager, ihre Entstehung, Herkunft und Nationalität der Häftlingsgruppen, ihre Ernährung, Bekleidung, medizinische Versorgung, die Arbeitsbedingungen, das Überwachungssystem, Formen von Solidarität und Widerstand, das Verhalten der Unternehmer und schließlich die Evakuierung der Lager bei Kriegsende.

Die Diskussion um Wiedergutmachung Mitte der 80er Jahre verlieh der Häftlingsarbeit neue Aktualität und Brisanz. Zwei Aspekte standen im Vordergrund: die Verantwortung der Unternehmer für den Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge sowie die Auswirkung des Funktionswandels der KZs auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Insassen. In der für die juristische Dimension der Entschädigungsleistung entscheidenden Frage ›Zwang oder Eigeninitiative‹ argumentierten die Firmen mit dem Hinweis auf ihre Zwangssituation. Der Staat habe Rüstungsaufträge erteilt und gleichzeitig die notwendigen Arbeitskräfte zugeteilt, die vorgegebenen Produktionsziffern mußten erreicht werden, einen Handlungsspielraum gab es nicht. Die Forschung hat demgegenüber auf den durch Quellen vielfach belegten formalen Entscheidungsablauf verwiesen: Antrag der Firma an das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, Prüfung hinsichtlich Unterkunft und Sicherheit, Zuteilung. Firmenvertreter konnten sich sogar ihre Arbeitskräfte selbst aussuchen. Allerdings sind auch Fälle verordneter Zuteilung bekannt.<sup>57</sup>

Nach wie vor unterschiedlich gesehen werden die Folgen der veränderten Arbeitseinsatzpolitik. Die Formeln ›Vernichtung durch Arbeit‹ bzw. ›Vernichtung und Arbeit‹ beschreiben die unterschiedlichen Positionen. Erneut begegnen wir dem Widerspruch innerhalb des NS-Systems zwischen ökonomischem Interesse und Weltanschauung. ›Vernichtung durch Arbeit‹, ein von den Nazis gebrauchter Begriff, war letztlich der Versuch, kriegswirtschaftliche Notwendigkeit und Vernichtungs idee in einem Kompromiß zusammenzubringen.

Falk Pingel sieht Arbeit in der Rüstungsindustrie weniger durch Vernichtungsstrategien gekennzeichnet als durch effiziente Ausnutzung der Arbeitskraft; eine kurzfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse der Häftlinge war dabei durchaus möglich. In den letzten Kriegsmonaten, als es ökonomisch um möglichst rasches Produzieren ging, konnte dieser Grundsatz auch wieder zur ›Vernichtung durch Arbeit‹ führen.<sup>58</sup> Ulrich Herbert wendet den historisch-genetischen Ansatz seiner Fremdarbeiterstudie auch auf das KZ-System an.<sup>59</sup> Für ihn ist der Arbeitseinsatz der Häftlinge bis 1941 noch nicht nach kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert. Wichtig ist seine Feststellung, in welchem hohem Maß die Entscheidung über die Behandlung der KZ-Insassen von der jeweiligen Politik gegenüber den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen abhing. Um die Jahreswende 1941/42 rückte

55 *Herwart Vorländer* (Hg.), *Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegsführung. Sieben württembergische Außenkommandos des Konzentrationslagers Natzweiler/Elsaß*, Stuttgart 1978. *Wysocki*, *Zwangsarbeit*; *Richter*, *Unterkommando*.

56 *Rainer Fröbe* u. a., *Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges*, 2 Bde, Hildesheim 1985.

57 *Herbert Obenaus*, *Konzentrationslager und Rüstungswirtschaft. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in Industriebetrieben Hannovers*, in: *Ludwig Eiber* (Hg.), *Verfolgung – Ausbeutung – Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933–1945*, Hannover 1985, S. 167 erwähnt das Außenlager der Akkumulatorenfabrik in Hannover-Stöcken.

58 *Pingel*, in: *Dlugoborski*.

59 *Ulrich Herbert*, *Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der ›Weltanschauung‹ im Nationalsozialismus*, in: *Dan Diner* (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte?*, Frankfurt 1987, S. 198–236.

der Einsatz von KZ-Häftlingen für die SS in den Vordergrund. Zu diesem Zweck erhöhte die SS ihre Zahl durch rigorose Verfolgungsmaßnahmen. Gleichwohl stellt Herbert bis Anfang 1944 eine »rüstungswirtschaftlich insgesamt noch relativ geringe Bedeutung des Häftlingseinsatzes« fest.<sup>60</sup> Erst als auch mit rücksichtslosester Gewaltanwendung ausländische Zivilarbeiter nicht mehr zu rekrutieren waren, erfolgte der massenhafte Einsatz der KZ-Inassen. Jetzt erst entstand der größte Teil der Außenkommandos, jetzt erfolgte der Rücktransport von Zehntausenden Juden ins Reich. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen seien von »tiefgreifenden Widersprüchen« gekennzeichnet. Einerseits läßt sich das Bestreben erkennen, die Arbeitskraft zu erhalten, andererseits blieb die ideologisch motivierte Vernichtungsabsicht bis zum Schluß dominierend. Allenfalls eine qualifizierte Tätigkeit sicherte das Überleben.

Für die Industrie stand die Effizienz, das »Funktionieren« des Häftlings im Vordergrund. Obwohl kein ideologisches Interesse an der Vernichtung bestand, konnte das Streben nach möglichst hohem Produktionsausstoß zu kostengünstigen Bedingungen oder in möglichst kurzer Zeit sehr wohl zur Vernichtung der Häftlinge führen: Zum Massensterben kam es im Zusammenhang mit der Verlagerung der Rüstungsindustrie in unterirdische Anlagen während der letzten Kriegsphase. Klewitz interpretiert den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen generell als »Vernichtung durch Arbeit«. Dabei orientiert er sich am Lager Auschwitz-Monowitz der IG-Farben.<sup>61</sup> Inwieweit von den dortigen schrecklichen Zuständen auf die Verhältnisse in den vielen Außenlagern geschlossen werden kann, wäre von Fall zu Fall zu untersuchen. Das von Klewitz untersuchte Lager Münchsmühle/Allendorf zeigt gerade, daß es – bei allen schlimmen physischen und psychischen Schäden, die die Häftlinge erlitten – sehr wohl Überlebenschancen gab. Einzelstudien sind deshalb unerläßlich; vier neuere Untersuchungen sollen abschließend vorgestellt werden.

Im Sommer 1944 wurden in der Sprengstoffabrik Hessisch-Lichtenau, einer Tochterfirma der Dynamit AG, 1000 ungarische Jüdinnen in der Produktion eingesetzt. Die Geschichte dieses Außenkommandos des KZ Buchenwald hat *Dieter Vaupel* im ersten Teil seiner kürzlich veröffentlichten Dissertation untersucht. Im zweiten Teil beschreibt er das sich jahrelang hinziehende Entschädigungsverfahren – ein Thema, das nun endlich von der Forschung aufgegriffen wird.<sup>62</sup> Vaupel hat neben den hier schon mehrfach erwähnten Quellenbeständen Spruchkammer- und Entschädigungsakten benutzt, Akten der Claims Conference Frankfurt und Tel Aviv sowie der Gedenkstätte Yad Vashem; hinzukommen eine Fülle schriftlicher und mündlicher Zeugenaussagen, vor allem der überlebenden Opfer. Die Untersuchung geht von der Beschreibung der Auseinandersetzung innerhalb der NS-Führung um den Arbeitseinsatz jüdischer Häftlinge zur lokalgeschichtlichen »Nahaufnahme«. Deutlich wird, daß der sich seit 1943 dramatisch zuspitzende Arbeitskräftemangel eine wesentliche Voraussetzung für den Einsatz der KZ-Häftlinge war. Eine Initiative der Betriebsleitung hierfür läßt sich nicht belegen; Vaupel verweist aber auf das »Schwester-

60 Ebd., S. 229.

61 Klewitz, Arbeitssklaven. Vgl. zu dieser Problematik auch: *Miroslav Karny*, »Vernichtung durch Arbeit«. Sterblichkeit in den NS-Konzentrationslagern, in: *Götz Aly* u. a., Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung (= Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Heft 5, Berlin 1983, S. 133–158; dort auch der Aufsatz von *Susanne Heim/Götz Aly*, Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, S. 11–90.

62 *Dieter Vaupel*, Spuren die nicht vergehen. Eine Studie über Zwangsarbeit und Entschädigung (= Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte Heft 12), Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel, Kassel 1990, 407 S. Grundlegend zur Entschädigungsfrage *Benjamin B. Ferencz*, Lohn des Grauens. Die verweigerter Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Frankfurt 1981; *Herbst/Goschler*, Wiedergutmachung.

werk« in Stadallendorf, wo es Gespräche zwischen der Werksleitung und dem Kommandanten von Buchenwald gab (S. 64 ff.).

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der ungarischen Zwangsarbeiterinnen waren gekennzeichnet durch mangelhafte Ernährung und Unterbringung, schwere und gefährliche Arbeit im Sprengstoffwerk. »Das Unternehmen tat immer gerade soviel für die Gefangenen, daß sie fähig blieben, die geforderte Arbeit zu leisten« (S. 287). Nur wer arbeitsfähig war, hatte eine Chance. Dies zeigte sich, als nach drei Monaten »Beobachtungszeit« über 200 kranke und arbeitsunfähige Frauen nach Auschwitz-Birkenau zurückgeschickt wurden, in den Tod (S. 124 ff.). Die Beteiligung der Werksleitung an der Selektion konnte Vaupel nicht restlos klären. Vieles aber spricht für ein Mitwirken, ließen sich doch durch dieses Abschieben erhebliche Kosten sparen. Das Verhalten der deutschen Arbeiter war eher geprägt von Schikanen und Mißhandlungen als von Hilfe.

Spärlich sind die Hinweise auf Widerstandsaktionen. Sie blieben angesichts der Schwere der Arbeit und der totalen Kontrolle Randerscheinungen. Die wenigen Versuche waren jedoch – wie die Erinnerungen zeigen – von außerordentlicher psychischer Bedeutung für die Häftlinge. Die Wachmannschaft bestand aus männlichen SS-Angehörigen und weiblichen SS-Aufseherinnen. Letztere wurden vom Arbeitsamt und der Firma aus der eigenen Belegschaft ausgewählt und der SS überstellt. Diese schickte sie ins KZ Ravensbrück zu einem »Kurzlehrgang«. Gerade an diese dienstverpflichteten Aufseherinnen erinnerten sich die Häftlinge mit besonderem Schrecken. Die Sterblichkeitsrate im Lager selbst war gering (S. 131); freilich darf der Rücktransport von 200 kranken Frauen nach Auschwitz nicht übersehen werden. Die Evakuierung des Lagers bedeutete die kritischste Phase der Haftzeit; hier erreichten die Gewaltexzesse der SS ihren Höhepunkt.

Zwei österreichische Historiker, *Bertrand Perz* und *Florian Freund*, haben vor kurzem ihre Untersuchungen über zwei Außenlager des KZ Mauthausen vorgelegt.<sup>63</sup> Beide ordnen den Häftlingseinsatz in den umfassenden Umstrukturierungsprozeß ein, den die österreichische, aber auch die deutsche Wirtschaft im Krieg durchlief. Im Anschluß an Michael Geyer<sup>64</sup> sprechen sie von der Modernisierung der Industriestruktur, die entscheidende Impulse von der Rüstungsproduktion erhielt (Freund/Perz, S. 11). Ermöglicht wurde dieser Modernisierungsschub durch staatliche Investitionen und die zwangsweise Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte, einschließlich der KZ-Häftlinge. Dabei spielten rüstungswirtschaftliche Überlegungen in Österreich eine noch größere Rolle als in Deutschland. Pointiert formulieren die beiden Historiker: »Der Schluß drängt sich auf, daß eine der wesentlichen Grundlagen der positiven ökonomischen Entwicklung der Zweiten Republik durch die Arbeit von zum Teil zwangsweise eingesetzten Ausländern geschaffen wurde.«<sup>65</sup> Bei der Zuteilung von Arbeitskräften wurden diejenigen Betriebe begünstigt, die als besonders kriegswichtig galten. Hierzu gehörten in der zweiten Kriegshälfte vor allem die Flugzeugindustrie. Sie erhielt im Kriegsverlauf für die NS-Führung einen immer höheren Stellenwert. Das hing mit dem Glauben an die Wunderwaffen der deutschen Raketenrüstung zusammen. Freund kann aber zeigen, daß auch andere Herrschaftsgruppen ihre Interessen mit diesem Zukunftsprojekt verknüpften: Das Speer-Ministerium versuchte seinen Einfluß gegenüber dem Heereswaffenamt zu vergrößern. Die Industrie versprach sich von ihrer Be-

63 *Florian Freund/Bertrand Perz*, Das KZ in der Serbenhalle. Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt (= Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich, Bd. 1), Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1987, 237 S.

64 *Michael Geyer*, Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980, Frankfurt 1984; *ders.*; Krieg als Gesellschaftspolitik. Anmerkungen zu neueren Arbeiten über das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte XXVI, 1986, S. 557–601.

65 *Florian Freund/Bertrand Perz*, Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: *Emmerich Talos* u. a., NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, S. 97.

teiligung an Projekten der höchsten Dringlichkeitsstufe Zugang zu Rohstoffen, Arbeitskräften und zur Hochtechnologie. Die SS schließlich erhoffte sich einen Einstieg in zukunftssträchtige Industriebranchen; und sie hatte etwas zu bieten: KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte. Von Anfang an planten die Militärs den Einsatz von Zwangsarbeitern in der Raketenherstellung. Seit 1943 drängte auch die Industrie, der Sonderausschuß A 4, auf den Häftlingseinsatz (Freund, S. 42 ff.). Mit ihm hatten die Heinkel-Werke in Oranienburg bereits gute Erfahrungen gemacht.

Vor diesem Hintergrund müssen die beiden Außenlager in Wiener Neustadt und Ebensee betrachtet werden. Im Jahr 1938 übernahm der deutsche Rüstungskonzern Henschel die Lokomotivenfabrik in Wiener Neustadt (die späteren Rax-Werke) und begann sehr rasch mit der Rüstungsproduktion. Im Zuge der Dezentralisierung der Raketenindustrie, die nach der Bombardierung Peenemündes beschlossen wurde, kam ein Teil der Produktion 1943 nach Wiener Neustadt. Zur Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten baute die Firma eine in Serbien beschlagnahmte Fabrikhalle – in diesem Gebäude hatte die deutsche Wehrmacht im Herbst 1941 1700 serbische Geiseln erschießen lassen – in Wiener Neustadt auf; in dieser ›Serbenhalle‹ entstand 1943 ein KZ-Außenlager. Nach der schweren Bombardierung des Werkes beschloß der Sonderausschuß A 4 die unterirdische Verlagerung der Raketenproduktion (Mittelwerk in Nordhausen). Das KZ Serbenhalle wurde aufgelöst. Jetzt bemühte sich die Firma unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre günstigen Unterbringungsmöglichkeiten in der ›Serbenhalle‹ um KZ-Häftlinge für das Marinebauprogramm (Freund/Perz, S. 93).

Anfang Juli 1944 trafen die ersten Häftlinge ein. Das KZ in der Serbenhalle war eines der kleineren Außenlager von Mauthausen. Es galt unter Häftlingen als ›gutes Kommando‹. Das Unternehmen hatte durchaus Interesse, die Arbeitskraft der vielen Facharbeiter unter den Häftlingen zu erhalten. Zudem schützte die ›Serbenhalle‹ vor schlechter Witterung, der andernorts kräftezehrende Weg zur Arbeit entfiel.

Gänzlich andere Verhältnisse herrschten im Außenlager Ebensee im Salzkammergut, das *Florian Freund* in einer umfangreichen Studie untersucht.<sup>66</sup> Dieses Außenkommando des KZ Mauthausen – ›Arbeitslager Zement‹ war eine Tarnbezeichnung – entstand 1943, als das Rüstungsministerium, das Heereswaffenamt und die beteiligten Firmen die Verlagerung der Raketenindustrie in unterirdische Anlagen beschlossen. Dora/Mittelbau bei Nordhausen und Ebensee wurden die größten unterirdischen Bauvorhaben. Nach der systematischen Bombardierung der Mineralölindustrie seit Mitte 1944 wurden auch die Treibstoffwerke unter die Erde verlegt. In Ebensee entstand eine riesige unterirdische Raffinerie. In den letzten Kriegsmonaten produzierte schließlich der Steyr-Konzern Lastwagen und Panzer.

Von Ende 1943 bis zum Kriegsende arbeiteten ca. 27 000 Häftlinge in Ebensee, 8000 Häftlinge starben. Die Häftlinge wurden unter schwierigsten Bedingungen beim Bau zweier riesiger Stollenlager eingesetzt. Freund gelingt eine eindrucksvolle Darstellung der »Phänomenologie und Soziologie einer Häftlingsgesellschaft in der letzten Periode des KZ-Systems« (S. 17). Ebensee war ein typisches Lager aus der Spätzeit des Krieges, in der es nur noch um die möglichst rasche Fertigstellung der Projekte ging. Die Oberaufsicht über die Baustelle führte die SS-Bauleitung. Mit ihr verhandelten die einzelnen Baufirmen. Da diese nur für die tatsächlich Arbeitenden an die SS zahlten, wurden Arbeitsunfähige umgehend ins Stammlager, und damit in den sicheren Tod, zurückgeschickt. »Die Arbeitsteilung im Mechanismus ›Vernichtung durch Arbeit‹ – die SS sorgte für immer neue Häftlinge

66 *Florian Freund*, ›Arbeitslager Zement‹. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung (= Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich, Bd. 2), Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1989, 486 S.

und vernichtete die Arbeitsunfähigen, die Firmen besorgten die ›erschöpfende‹ Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge – charakterisiert das Konzentrationslager bis zur Schlußphase des Krieges« (S. 256). Neben der Nationalität prägte die berufliche Qualifikation die Hierarchie der Häftlingsgesellschaft. Allerdings blieb die rassistische Diskriminierung bis zuletzt bestehen: die Sterberate unter den jüdischen Häftlingen war ungewöhnlich hoch (S. 453). Freund kann eine positive Auswirkung auf die Lebensbedingungen der Häftlinge aufgrund der ökonomischen Ausrichtung des Lagers nicht feststellen (S. 454). Zumindest für dieses riesige Bauprojekt galt ›Vernichtung durch Arbeit‹.

An diesem Begriff festhalten will auch *Hermann Kaienburg*, der vor kurzem eine umfassende Untersuchung zum KZ Neuengamme veröffentlicht hat.<sup>67</sup> Er konzentriert sich dabei auf das Stammlager, die ca. 70 Außenkommandos bleiben ausgeklammert. Zwei Aspekte stehen im Mittelpunkt: die wirtschaftlichen Bestrebungen der SS und deren Auswirkungen auf die Existenzbedingungen im Konzentrationslager und an den Arbeitsstellen. Kaienburg unterscheidet zwei zeitliche Perioden, 1936/37 bis 1942 und die letzten Kriegsjahre. Ähnlich wie Herbert in seiner ›Fremdarbeiterstudie‹ trennt er den Entscheidungsprozeß auf der Führungsebene von der Lagerwirklichkeit.

Seit Speer's ›Sklavenstaat‹ werden die wirtschaftlichen Bestrebungen der SS auch in der Forschung diskutiert. Kaienburg hat sie genauer unter die Lupe genommen und einige interessante Aspekte herausgearbeitet. Als wichtigste Motive für ihr Wirtschaftsengagement nennt er finanzielle Unabhängigkeit, Einstieg in modernste Technologie sowie in die Rüstungsproduktion; letztlich die Schaffung eines wirtschaftlichen Instrumentariums für die Realisierung politischer Ziele (S. 134). Vom Ergebnis her gesehen, ist die SS dabei allerdings kläglich gescheitert. Obwohl Kaienburg an einigen Stellen auf die geringe wirtschaftliche Relevanz der SS-Betriebe hinweist, ist seine Darstellung insgesamt von einer Überschätzung der Wirtschaftsbestrebungen der SS geprägt.

Kaienburg kommt zu dem Ergebnis, daß für die Mehrheit der Inhaftierten die Bedingungen bis 1942 »noch keine Vernichtung, sondern ein Leben hart am Rande des Existenzminimums« bedeuteten (S. 223). Nach 1942 hielt die SS an der grundsätzlichen Konzeption, »KZ-Terror und wirtschaftliche Nutznießung miteinander zu verbinden«, fest (S. 457). Dominierend aber blieben Gewalt und Terror, einhergehend mit der dramatischen Verschlechterung der materiellen Versorgung. An der Absicht, die KZ-Gefangenen zu vernichten, hielt das NS-System fest. Kaienburg spricht in diesem Zusammenhang vom Primat der Politik (S. 470). Allerdings, so stellt er fest, Häftlingen in fachlich qualifizierten Tätigkeiten gewährte man bessere Existenzbedingungen (S. 462). Gerade dies aber ist die These von Pingel und Herbert, die Kaienburg in seiner Schlußzusammenfassung so vehement kritisiert. Eine Erklärung für diese Widersprüche könnte im unterschiedlichen Charakter und in der unterschiedlichen Funktion von Stammlager und Außenlager liegen; hier wäre weiterzuarbeiten. Zu wenig berücksichtigt Kaienburg die zeitliche Differenzierung sowie den Stellenwert der beiden anderen Zwangsarbeitergruppen, Kriegsgefangene und zivile Arbeitskräfte, in der Strategie der NS-Führung.

Nach der Thematisierung der ›Sklavenarbeit im KZ‹ im 2. Band (1986) rufen die *Dachauer Hefte* Nr. 5 die vergessenen Lager in Erinnerung.<sup>68</sup> Wir wollen von den 14 Beiträgen diejenigen vorstellen, die sich mit dem Arbeitseinsatz der Lagerinsassen befassen. Dieser Band rückt die Lager in den besetzten Gebieten stärker in unser Bewußtsein: die deutschen

67 *Hermann Kaienburg*, ›Vernichtung durch Arbeit‹. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 503 S. Vgl. auch *Ulrich Bauche* u. a., Arbeit und Vernichtung. Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945, Hamburg 1986.

68 *Dachauer Hefte*, Heft 5, Die vergessenen Lager, Verlag Dachauer Hefte, Dachau 1989, 283 S.

Konzentrationslager in den Niederlanden, vor allem das KZ Herzogenbusch (Coenraad J. F. Stuhldreher), das Polizeidurchgangslager in Bozen (Juliane Wetzel), die Lager in Litauen, Lettland und Estland mit den hohen Sterberaten (Alfred Streim). Michael Zimmermann verweist im Rahmen seiner Untersuchung über die nationalsozialistische Zigeuner-Verfolgung auf die Zigeunerlager, deren Charakter »auf halben Wege zwischen den Lagern für osteuropäische Fremdarbeiter und für sowjetische Kriegsgefangene« lag (S. 103 f.). Im »Zigeunerfamilienlager« in Auschwitz-Birkenau wurden die Zigeuner vor ihrer Ermordung zu schwersten lagerinternen Erd- und Bauarbeiten eingesetzt (S. 111). Alfred Konieczny beschreibt den Einsatz von KZ-Häftlingen in den Steinbrüchen von Groß-Rosen und die Entstehung eines Netzes von ca. 60 Außenlagern. In das »Arbeitserziehungslager Nordmark« in Kiel lieferte die Gestapo vor allem ausländische Zivilarbeiter ein, die wegen »Arbeitsverweigerung« aufgefallen waren. Hier sollte ihnen das richtige Arbeitsbewußtsein beigebracht werden; von 5000 Häftlingen, die eine »Arbeitserziehungshaft« verbüßten, fanden 600 den Tod (Detlev Korte). Edith Raim befaßt sich mit dem Außenlagerkomplex Kaufering im Raum Landsberg/Lech. Hier wurden 1944 im Rahmen der unterirdischen Verlagerung von Rüstungswerken riesige Bunkieranlagen aus dem Boden gestampft. Die Bauleitung lag bei der Organisation Todt, die bayerischen Baufirmen die Bauausführung als Regearbeit übertrug (S. 195). Als Arbeitskräfte holte man sich KZ-Häftlinge. Von Juni 1944 bis April 1945 wurden 30 000 Häftlinge in die Kauferinger Lager gebracht. Die Zustände in den Lagern waren katastrophal; nahezu 15 000 Häftlinge fanden den Tod. Edith Raim kommt zu eindeutigen Aussagen: »Der Arbeitseinsatz bedeutete für die jüdischen Häftlinge nicht etwa die Rettung vor der Vergasung und eine vergrößerte Chance des Überlebens, auch führte die Notwendigkeit der Häftlinge für Rüstungsarbeiten nicht dazu, die Häftlinge besser zu behandeln« (S. 213). Weder das SS-WVHA noch die Organisation Todt noch die Baufirmen kümmerten sich um eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Terror blieb auch in den Kauferinger Lagern dominierend.

Die Erforschung der Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg hat in den letzten zehn Jahren erhebliche Fortschritte gebracht. In ein dunkles Kapitel der deutschen Vergangenheit brachten vor allem jüngere Historiker ein wenig Licht. Millionen Menschen bekamen ihre Geschichte zurück, wurden endlich in die Erinnerungsarbeit mit einbezogen. Bei dieser Aufklärungsarbeit wurden darüber hinaus unsere Kenntnisse der Machtstrukturen und Entscheidungsprozesse im NS-System wesentlich erweitert und vertieft. Zentrale Probleme der NS-Forschung – Führerstaat oder polykratisches System, planvolles oder situatives Handeln der Machteliten, das Spannungsverhältnis von Ökonomie und Weltanschauung, das Nebeneinander von Alltag und Barbarei – lassen sich an diesem Forschungsfeld diskutieren.

Notwendig sind nach wie vor regionale und lokale Untersuchungen als Vorarbeiten für eine Gesamtanalyse der Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg. Fallstudien für die unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen und natürlich für weitere Einzelbetriebe sind unerlässlich; dies setzt die Öffnung der Werksarchive voraus. Die deutsche Geschichtswissenschaft müßte sich wesentlich intensiver mit Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten beschäftigen. Forschungsansätze, die Zwangsarbeit in den umfassenden Modernisierungs- und Rationalisierungsprozeß des Zweiten Weltkriegs stellen, wären weiterzuverfolgen. Genauere Differenzierungen sind notwendig bei der Darstellung des Verhältnisses zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, verbunden mit der Frage nach dem Verhalten der Arbeiterschaft im Krieg zwischen Anpassung und Widerstand. Schließlich wäre der lange, mühevollen Weg der Opfer bis zu ihrer erfolgten oder nicht erfolgten Entschädigung zu beschreiben.